

# Sächsische Volkszeitung

Verkauft täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Wochenpreis: 1 M 50 Pf (ohne Postgeb.). Für Ostpreußen 1 M 65 Pf. Bei a. u. Postanstalten L. Zeitungspoststelle Nr. 6058.  
Einzelpreis 10 Pf. — Redaktions-Exemplare: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6. Zeile. Bestelle ab. drei Raum mit 15 Pf.  
Bestellen mit 50 Pf die 2. Zeile. Bestellen ab. vier Raum mit 15 Pf.  
Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden,  
Wilsdruffer Straße 43. — Telephon Nr. 1906.

## Zum Jubiläum der kaiserlichen Botschaft

veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ folgenden Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler:

Der heutige Tag, an welchem vor 25 Jahren der in Gott ruhende Kaiser und König Wilhelm der Große Seine unvergessliche Botschaft erließ, gibt Mir willkommenen Anlaß, mit dem deutschen Volke in ehrfürchtvoller Dankbarkeit dieses Friedenswerkes zu gedenken, durch welches Mein erlauchter Ahnherr zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen der Gesetzgebung neue Bahnen wies.

Nach Seinem erhabenen Willen ist es unter freudiger Zustimmung der verbündeten Regierungen und der verständnisvollen Mitwirkung des Reichstages gelungen, den schwierigen und weitverzweigten Ausbau der staatlichen Arbeiterfürsorge auf dem Gebiete der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung so zu fördern, daß die Hilfsbedürftigen in den Tagen der Not einen Rechtsanspruch auf gesetzlich geregelte Bezüge besitzen. Die Arbeiter haben damit, dank der umfassenden Leistungen des Reiches und ihrer Arbeitgeber, sowie auf Grund ihrer eigenen Beiträge eine erhöhte Sicherheit für ihren notwendigen Lebensunterhalt und für den Bestand ihrer Familien erreicht. Die großen und wertvollen Gedanken der kaiserlichen Botschaft haben diesen Erfolg aber nicht nur in unserem eigenen Vaterland gezeitigt, sondern wirken auch weit über dessen Grenzen hinaus vorbildlich und bahnbrechend. Weider wird die Erreichung des höchsten Zieles der kaiserlichen Botschaft gehemmt und verzögert durch den andauernden Widerstand gerade von der Seite, welche glaubt, die Vertretung der Arbeiterinteressen vorzugsweise für sich in Anspruch nehmen zu können. Gleichwohl vertraue ich auf den endlichen Sieg gerechter Erkenntnis des Gesehteten und auf wachsendes Verständnis für die Grenzen des wirtschaftlich Möglichen in allen Kreisen des deutschen Volkes. Dann wird sich auch die Hoffnung Kaiser Wilhelms erfüllen, daß sich die Arbeiterversicherung als dauernde Stütze inneren Friedens für das Vaterland erweisen möge. In dieser Zuversicht ist es Mein fester Wille, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Fürsorge nicht ruhe und in Erfüllung der vornehmsten Christenpflicht auf den Schutz und das Wohl der Schwachen und Bedürftigen fortgesetzt bedacht sei.

Durch gesetzliche Vorschriften und Leistungen allein ist indes die Aufgabe im Geiste der kaiserlichen Botschaft und ihres erlauchten Schöpfers nicht zu lösen. Ich erkenne es an dem heutigen Tage gern an, daß es im deutschen Volke nie an Männern und Frauen gefehlt hat, die freiwillig und freudig ihre Kraft in den Liebedienst am Wohle des Nächsten setzten, und ich sage allen, die sich dem großen sozialen Werke unserer Zeit selbstlos und opferwillig widmen, Meinen kaiserlichen Dank.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Gegeben zu Donaueschingen, den 17. November 1906.  
Wilhelm, I. R.  
W i l h e l m.

An den Reichskanzler.

Der Kaiser hat in dieser Kundgebung von neuem seinen feinen Willen zur Fortsetzung der sozialpolitischen Reformarbeit bekundet. Hierbei fordert er die Gesetzgebung zur Mitarbeit auf und erklärt es als die „vornehmste Christenpflicht“, auf den Schutz und das Wohl der Schwachen und Bedürftigen fortgesetzt bedacht zu sein. Die sozialpolitische Reformarbeit, welche durch die kaiserliche Botschaft angeleitet wurde, fand bei jener Partei den beständigen Widerstand, die sich als Vertreterin der Arbeiter, Entrechteten und Enterteten aufspießt, der Sozialdemokratie. Der Kaiser konstatiert dies mit Bedauern. Die Presse dieser Partei wird nunmehr entrüstet tun und jammern, daß man ihre Tätigkeit verkenne; sie geht eben aus Ganze, und wenn nicht jeder Arbeiter täglich ein Stuhl im Lovie haben kann, so verzichtet sie auch auf das tägliche ordinäre Kindfleisch. Schwärmer haben diese verderbliche Tätigkeit der Sozialdemokraten oft benützt, um die Sozialreform zum Stillstand zu bringen. Der Kaiser denkt anders, er läßt sich durch den Widerstand der Sozialdemokraten nicht abschrecken.

Wenn die Ruten von der Arbeiterversicherung sprechen, nennen sie es ein „bühnen Sozialreform“. Dagegen nennen sie den Militarismus den unersättlichen Moloch. Aber der Staat gibt jährlich für das Meerweien nicht mehr aus, als für die Sozialreform; beide Institutionen verfolgen nationale Ziele, trotzdem nennt die Sozialdemokratie die letztere Summe für die Arbeiter einen „Kosthappen“ — aus Tendenz.

Auch in dem Erlaß Kaiser Wilhelms II. liegt der Hauptwert in der Anerkennung, daß den wirtschaftlich Schwachen ein Anspruch, und zwar ein gesetzlicher Anspruch an die Allgemeinheit, an den Staat auf Hilfeleistung zustehe. Dieser Rechtsanspruch ist nie zuvor von dem offiziellen Staat anerkannt worden. Armenrecht ist ganz etwas anderes als dieser anerkannte Rechtsanspruch auf Staatshilfe. Will man in der deutschen Sozialgesetzgebung den Uebergang zum „Staatssozialismus“ erblicken, so kann dieser Umstand der Größe dieser sozialpolitischen Gesetzgebung auch nicht den mindesten Abbruch tun. Dieser „Staatssozialismus“ war durch die wirtschaftliche Entwicklung im Deutschen Reiche geboten. Für dessen Verwirklichung alle verfügbaren moralischen und materiellen Kräfte eingesetzt zu haben, ist und

bleibt das unsterbliche Verdienst des Reichstages, vor allem des Zentrums.

Auch die Botschaft Kaiser Wilhelms II. ist, wie jene vor 25 Jahren, getragen von dem Geiste des praktischen Christentums. Bei den drei grundlegenden Arbeiterversicherungsgelegenheiten ist die deutsche Sozialpolitik nicht stehen geblieben; es wäre interessant, an dieser Stelle die Entwicklung dieses gesetzgeberischen Gebietes während des abgelaufenen Vierteljahrhunderts ins einzelne zu verfolgen. Unsere Gesetzsammlungen sind voll von wichtigen, auf den Arbeiterschutz bezüglichen Bestimmungen und Verordnungen. Allerdings sind wir noch weit, weit vom Ziele entfernt. Noch barren wichtige Aufgaben ihrer endgültigen Erledigung. Auch soll nicht in Abrede gestellt werden, daß der Fluß der Entwicklung mehr als einmal ins Stocken geriet. Die letzten Jahre sind insbesondere dem Weiterausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung nicht günstig gewesen. Aber die Bewegung ist auf die Dauer doch nicht mehr aufzuhalten, und die Logik der Tatsachen wird schließlich alle Widerstände siegreich überwinden.

Ein Rückblick auf diese 25 Jahre ist für das Deutsche Reich erhebend und gibt uns Zentrumsanhängern eine besondere Ermunterung. Kein Staat der Erde hat seither etwas Ähnliches geleistet. Und was Deutschland schuf, das taten die bürgerlichen Parteien unter steter Opposition der Sozialdemokraten. Wir gedenken deshalb in diesen Tagen dankbar des größten Heldenkaisers, der auf den Schlachtfeldern sich Lorbeeren sammelte, der aber auch für die wirtschaftlich Schwachen des Reiches ein warmes Herz hatte und zu erfolgreichen Taten führte. Kaiser Wilhelm I. wird immer in der Geschichte der Sozialreform groß dastehen; was er hier schuf, steht hinter den größten Siegen nicht zurück und sichert ihm gerade bei den Aemtern das schönste Denkmal: Dankbarkeit!

## Deutscher Reichstag.

L. Berlin. 120. Sitzung am 17. November 1906.

Der Reichstag hat am Sonntag und 2 Wahlprüfungen erledigt und erklärte die Wahlen der Abg. Dörfel und Kern für gültig. Die Linke unternahm sehr heilige Angriffe auf die Wahlprüfungskommission, die aber die Abg. Gröber und Burlage sehr entschieden zurückwiesen. Am Montag werden kleinere Vorlagen beraten.

## Politische Rundschau.

Dresden, den 19. November 1906.

Anlässlich der 25-jährigen Wiederkehr des Tages der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 fand am Sonntag in Berlin eine vom Ausschuss für Arbeiterwahlen und soziale Angelegenheiten, von christlichen Gewerkschaften, von konfessionellen Arbeitervereinen und vom deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband einberufene Versammlung statt. Kurz vor Beginn der Versammlung erschienen Staatssekretär von Posadowsky mit dem Regierungsrat von Wilsleben und Reichsversicherungsamt, Geheimer Regierungsrat Adolf Wagner, die Abgeordneten Professor Hitze, Hofprediger a. D. Stöcker, Henning, Durlhardt, Bruhn, Giesbrecht. Nach mehreren Anreden wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, worin das Verhalten der Sozialdemokraten gegenüber der bisherigen Sozialreform verurteilt und die Regierung und das Parlament aufgefordert werden, die Sozialreform tatkräftig fortzuführen. An den Kaiser wurde ein Danktelegramm für den erneuten Ausdruck seines festen Willens, die gesetzliche Sozialreform auf christlicher Grundlage fortzuführen, gerichtet.

Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht ein Schreiben Pius X. an Kardinal Fischer-Köln vom 30. Oktober 1906. Der hl. Vater spricht darin seine Freude über den glücklichen Ausgang des Essener Katholikentages aus, über den er durch die Berichte des Kardinals Panatelli, der als Vertreter des Papstes in Essen anwesend war, unterrichtet worden sei. Er lobt den Eifer und die tatkräftige Klugheit der deutschen Katholiken, die in allen religiösen Dingen der Autorität des Papstes folgen wollen. „Dieser Gehorsam“, so heißt es wörtlich in dem Schreiben, „läßt wie eine fortwährende Esabrumung zeigt, einem jeden vollständige und unbeschränkte Freiheit in allen Angelegenheiten, welche die Religion nicht betreffen.“ — Der hl. Vater spielt hier offenbar auf die einen Teil der liberalen Presse versammelte wiedergegebene Rede des Kardinals auf dem Katholikentage an. Auch damals sprach der Kardinal nur von dem Gehorsam in allen Dingen, soweit sie die Religion betreffen; diesen Zwischensatz unterschlug jedoch die Presse. Jetzt sagt es der Papst autoritativ, daß der Katholik nur in religiösen Dingen an die Autorität des Papstes gebunden ist. Öffentlich messen die Herren dem Papste selbst noch Glauben bei.

Zu dem Zentrumsantrag, der Reichskanzler solle dem Reichstag alljährlich über die internationalen Beziehungen Deutschlands urkundliches Material geben, bemerkt ein Berliner Telegramm der „Köln. Zeitg.“, das wahrscheinlich die Ansicht des Reichskanzlers wiedergibt: Solche allgemeinen Veröffentlichungen seien überflüssig und nutzlos. Indes sei bei bestimmten Fragen, über die die Öffentlichkeit ein Recht auf Unterrichtung habe, die Herausgabe von Weißbüchern nützlich und nötig. Auch andere Staaten hätten die Gewohnheit, ihre diplomatischen Veröffentlichungen auf bestimmte Fragen zu beschränken. Aus nüchternen praktischen Erwägungen müsse man deshalb zur Ablehnung des Antrages kommen.

— Gegen den Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der

Verufsvereine läuft bereits der „Vorwärts“ Sturm; wir finden den Gesetzentwurf auch nicht ideal, aber er ist eine Grundlage, von der aus man weiter bauen kann; er bringt besonders auch eine wesentliche Verbesserung der Vereinsgesetze der Einzelstaaten für die Berufsvereine, indem er die einengenden Bestimmungen derselben einfach aufhebt. Der „Vorwärts“ aber kritisiert den ganzen Entwurf in Grund und Boden hinein; er nennt ihn ein „Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter“, der Entwurf gehe den Weg des ermordeten russischen Ministers Plehwe. Das Blatt schließt seinen Artikel mit folgenden Kraftworten: „Die gesamte Arbeiterklasse ohne Rücksicht der politischen Richtungen wird gegen dieses Maßwerk zur Anebelung des Koalitionsrechtes der Arbeiter sich wie ein Mann erheben, sobald sie die bürokratisch-knifflisch gezeichneten Bestimmungen der Vorlage durchschaut hat.“ Wenn die Sozialdemokratie sich ebenso rabiatisch ablenkend verhält, so muß eben das Zentrum das Gesetz mit der Rechten machen und die Sozialdemokratie zeigt sich wieder einmal als eine Gegnerin der wahren Arbeiterinteressen. Der Entwurf muß verbessert werden, aber man zerreiße ihn nicht in Stücke, sonst hat man gar nichts mehr in Händen.

Während der vielen Krisengerichte war auch die Rede von einem hochgeborenen Vorden, in dessen Händen alle Fäden zusammenlaufen und der eine Haupttrieb des „persönlichen Regiments“ sei. Nun teilt Harden in seiner „Zukunft“ folgendes mit: „Heute wie ich offen auf Philipp Friedrich Karl Alexander Votho Fürsten zu Eulenburg und Hertefeld, Grafen von Sandels, als auf den Mann, der mit unermüdem Eifer Wilhelm II. zugerannt hat und heute noch zuraunt, er sei berufen, allein zu regieren, und dürfe, als unvergleichlich Begnadeter, nur von dem Wolfenfuß, von dessen Höhe herab ihm die Krone verliehen ward, Licht und Weisheit erbitten, erleben, nur ihm sich verantwortlich fühlen. Das unheilvolle Wirken dieses Mannes soll wenigstens nicht im Dunkel fortwähren. Seine letzte Vortentleistung war ein mit dem Wille des schwarzen Kronenmars gezieltes Proaktwerk, das den Kaiser verberlicht und für 5000 Mark zu kaufen ist. Dennoch (genau) nicht, wie die Getreuesten, um die Verleumdung karnelos erjähnen zu lassen, sagten, dafür hat er den hohen Orden vom Schwarzen Adler erhalten. Sein letzter Personalerfolg heißt Tschiridok. Es sei kein lechter.“ — Harden hängt der Sage die Schelle an; „Pöhl“ ist und war in der Tat wie alle Eulenburg ein Ultrareaktionär und deshalb schlecht auf den Reichstag zu sprechen; das gefällt an einem gewissen Orte, und deshalb steigt sein Einfluß noch mehr. Wir haben Grund zur Annahme, daß es endlich damit zu Ende ist.

— Fürst Hohenlohe nicht nationalliberal? Der Abg. Dr. Spahn wie der Abg. Gothein haben in den letzten Reichstagsitzungen behauptet, Fürst Chlodwig Hohenlohe sei nationalliberal gewesen. Dem gegenüber sucht die „Nat. Ztg.“ festzustellen, daß der 3. Reichskanzler niemals der nationalliberalen Partei angehört hat. Er war im Reichstag 1871 Mitglied der liberalen Reichspartei, eine Fraktion, die damals 29 Mitglieder zählte. Fürst Hohenlohe gehörte u. a. Graf v. Luzburg, Dr. Völk, Ackermann, und Herr v. Roggenbach ihr an. Als sich diese Fraktion auflöste, ging Hohenlohe zu den „Wilden“; denn 1874 ist er im Parlamentsalmanach unter den 29 Abgeordneten aufgeführt, die „keiner Fraktion“ angehörten. Nationalliberal ist er also niemals gewesen.“ Diese Feststellung sagt gar nichts, Fürst Hohenlohe schreibt es offen in seinen Memoiren, daß er zu den Liberalen gehöre, daß er in seiner bayerischen Politik auf die Liberalen sich stütze und seine ganze Haltung im Kulturkampf war die eines Liberalen. Als der alte Mann zum Reichskanzler ernannt wurde, begrüßte ihn die nationalliberale Presse als einen der ihrigen! Deshalb schüttelt man jetzt den Toten von den Nachschöpfen ab? Es ist eben kein Staat mehr mit Hohenlohe zu machen.

— Die sozialdemokratische Parteischule ist am 15. ds. in Berlin eröffnet worden; die Unterrichtsstunden dauern von 8 bis 11 Uhr und nachmittags finden praktische Übungen statt. Bebel meinte bei der Eröffnung: „Die Parteinstanzen, welche die Kurse geschaffen, gäben sich nicht der Illusion hin, nach 6 Monaten die Teilnehmer an den Kursen als völlig ausgebildete Kräfte entlassen zu können — das private Selbststudium werde nach wie vor die Hauptsache bleiben. Ja, gerade die Schüler selbst würden nach absolvierter Lehrzeit einsehen gelernt haben, wie viel ihnen noch fehle und zu lernen übrig bleibe. Aber durch das Lesen eines soliden und methodischen Fundaments ihrer Kenntnisse würde ihnen doch die Möglichkeit der Fortbildung außerordentlich erleichtert werden.“

— Ein blamierter Sozialdemokrat ist der Abgeordnete Fischer-Berlin, gleichzeitig Direktor der „Vorwärts“-Druckerei. Kein anderer als der vielgenannte Kerbhäuser hat diesem die Maske abgerissen und gezeigt, wie schlecht es in der „Vorwärts“-Druckerei überhaupt aussieht. Fischer hatte die ihm unterstellte Buchdruckerei als so eine Art Paradies bezeichnet, in das alle hinein, aber niemand heraus wolle und zum Besetze hierfür sehr viele Worte gebraucht, aber nun kommt die Rehrseite. Die Arbeiterauschussmitglieder der „Vorwärts“-Druckerei zeihen darauf den Herrn Geschäftsführer direkt der Unwahrheit, ebenso erklären sämtliche Maschinenföhrer, daß Fischers Behauptungen „der Wahrheit entbehren“, und sie weisen außerdem eine ganze Reihe seiner Angaben unbedingt zurück. Das gleiche geschieht von den Sechern der Werkabteilung, die ebenfalls eine Behauptung des „Kollegen“ Fischer, wie sie ihn apostrophieren, als „un-